

## Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Dienstag, 20.03.2012  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:17 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meyer, Elfriede

**SPD-Fraktion**  
Bamminger, Berendine  
Gosciniak, Heinz  
Götze, Horst  
Meyer, Lina  
Stöhr, Friedrich

für Helga Grix  
für Fenke Boeters

**CDU-Fraktion**  
Kronshagen, Heinrich  
Ohling, Albert

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Marsal, Andrea

**FDP-Fraktion**  
Bolinus, Erich

für Hillgriet Eilers

**Beratende Mitglieder**  
Geerken, Rainer  
Grix, Wilhelm  
Haarmeyer, Norbert  
Hempel, Rainer  
Hollander, Volkmar  
Kröger-Vodde, Erasmus  
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian  
Steinmeyer, Elke

**Verwaltungsvorstand**  
Lutz, Martin

Erster Stadtrat

**von der Verwaltung**  
Tempel, Doris  
Decker, Ubbo Dr.  
Knochenhauer, Annett  
Kromminga, Engelbert  
Lamschus, Christiane

(bis 19:15 Uhr)

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

**Gast**  
Gnielka, Götz

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau E. Meyer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Frau E. Meyer** bittet darum, den TOP 8 „Verabreichung von Ritalin-Tabletten an Emden Schüler“ vorzuziehen, um Herrn Gnielka ein vorzeitiges Gehen zu ermöglichen.

Außerdem bittet sie darum, die TOP 7 und 10 zusammenzufassen, da sie sich mit dem gleichen Thema befassen würden.

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2.1** Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

**Frau E. Meyer** nimmt die Verpflichtung für das beratende Mitglied Elke Steinmeyer gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.02.2012

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.02.2012 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Zuschuss für die Aufrechterhaltung des Mittagsangebots im Tagesaufenthalt Emden  
Vorlage: 16/0232

**Herr Kromminga** erläutert ausführlich die Vorlage.

**Frau L. Meyer** fragt an, ob es hinsichtlich einer Planungssicherheit nicht möglich sei, die Vereinbarung für mindestens drei Jahre abzuschließen.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

**Herr Kromminga** antwortet, die Kochstelle sei bis zum 28.02.2012 finanziert worden. Aus diesem Grunde würde die Anschlussfinanzierung übergangsweise für dieses Jahr gehen. Es hätten aber bereits Gespräche mit Vertretern der Kirche stattgefunden, sodass ab dem nächsten Jahr eine neue Vereinbarung abgeschlossen werden könne, die dann auch im weitesten Sinne die Mittagsverpflegung beinhalte und für mehrere Jahre eine Sicherheit bieten werde.

**Beschluss:** Dem Synodalverband Nördliches Ostfriesland wird für die Finanzierung des Mittagsangebotes im Tagesaufenthalt Emden ein Zuschuss in Höhe von 8.500,00 € für die Zeit vom 01.03.2012 bis 31.12.2012 gewährt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 6** Umsetzung Rahmenplan Integration;  
- Verortung der Integrationsarbeit und Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Integration und interkulturelle Angelegenheiten  
Vorlage: 16/0129

**Frau Tempel** bezieht sich auf die vorliegende Mitteilungsvorlage. Hier handele es sich im Wesentlichen darum, dass im Rahmen der Durchführung und Umsetzung des Rahmenplanes seitens des Oberbürgermeisters eine Organisationsmaßnahme getroffen und im Fachbereich Gesundheit und Soziales eine Stelle zur Koordinierung dieser Integrationsarbeit eingesetzt worden sei. Entstanden sei diese Maßnahme dadurch, dass in einer Projektgruppe überlegt worden sei, wie sich dieses Thema auch auf eine breite Basis stellen lasse, da ja nicht nur die Stadt Emden gefordert sei, sondern auch viele externe Beteiligte in das Thema einzubeziehen sei.

Frau Tempel erläutert anhand der der Vorlage beigefügten Folie den Aufbau der Organisation.

Weiter erklärt sie, sie wolle die Mitteilungsvorlage noch dahingehend ergänzen, dass man den Auftrag des Rates erhalten habe, ein zusätzliches Logo auszuloben. Dieses sei im letzten Jahr erfolgt. Nachdem sich verschiedene Schulen an einem Wettbewerb beteiligt hätten, habe eine Jury Anfang des Jahres aus mehr als 180 Einsendungen ein Logo ausgewählt, welches von einer Schülerin der BBS I eingesandt worden sei. Das Logo werde nunmehr im Rahmenplan ergänzt.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Antrag des Kultur- und Bildungsvereins Internationales Barenburg e.V. auf nachhaltige Förderung von Integrationsvorhaben  
Vorlage: 16/0174/1

Die Tagesordnungspunkte 7 und 10 werden gemeinsam beraten.

**Frau Tempel** bezieht sich auf die Diskussion in der letzten Sitzung. Seinerzeit habe man übereinstimmend das Ergebnis erzielt, die Zuschussgewährung an den Kultur- und Bildungsverein Internationales Barenburg e. V. direkt in den Verwaltungsausschuss zu geben und anschließend der Vereinsvorsitzenden noch einmal die Gelegenheit zu geben, den Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Soziales näher zu begründen. Sie bittet Frau Ryll, zu ihrem Antrag Stellung zu nehmen.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

**Frau Ryll** bedankt sich dafür, dass ihr in der heutigen Sitzung ein Rederecht eingeräumt worden sei. Der Betrag in Höhe von 6.200 € sei auch mittlerweile auf dem Konto eingegangen, sodass sich eigentlich ihr Redebeitrag erübrigt habe. Am 17.02.2012 sei sie erneut von den Mitgliedern zur Vorsitzenden des Vereins gewählt worden und in dieser Verantwortung wolle sie heute sprechen. Frau Ryll geht zunächst ausführlich auf die frühere Situation des Vereins ein und erklärt dann, die derzeitigen Räumlichkeiten des Vereins seien im Glaspalast. Aufgrund der Umsetzung des Abrissvorhabens müsse der Verein dort ausziehen. Jedoch hätte man zum Anfang Februar 2012 keine Räumlichkeiten in Sicht. Frau Ryll geht dann auf ein Gespräch mit Herrn Schabler ein, der ihr mitteilte, dass der Anmietung von Räumlichkeiten in der Gottfried-Keller-Straße 6 nichts entgegenstehen würde. Nach Ansicht von Frau Ryll sei von ihm jedoch nicht beachtet worden, dass der Zuschuss von 6.200 € für Integrationsvorhaben und nicht zur Begleichung der Miete gedacht worden sei. Zudem habe sich die Stadt Emden geweigert, einen Mietzuschuss zu zahlen. Abschließend stellt sie fest, sie würde es sehr begrüßen, wenn der Verein im östlichen Glaspalast untergebracht werden könnte. Dass der Verein bei der Eigentümervertretung als unerwünscht bezeichnet worden sei, halte sie eigentlich nicht für akzeptabel.

Hinsichtlich der Räumlichkeiten der Gottfried-Keller-Straße 6 erklärt Frau Ryll, diese seien für ihre Zwecke nicht geeignet. Zumal auch der Verein die anstehenden Umbaumaßnahmen und die Aufbringung der Miete nicht leisten könne. Eigene Bemühungen, eine geeignete Räumlichkeit zu finden, seien bisher immer am Preis gescheitert.

Frau Ryll führt weiter aus, da der Verein innerhalb der nächsten zehn Tage die jetzigen Räume im Glaspalast verlassen müsse, schlage sie vor, in dieser Woche noch einen Termin zu finden, um Räumlichkeiten zu besichtigen. Gemeinsam könne dann vor Ort festgestellt werden, was für den Verein geeignet sei, welche Kosten durch einen Umbau verursacht würden und in welchem Zeitraum ein Umzug möglich sei.

**Herr Lutz** bedauert es, dass es hier noch nicht zu einer endgültigen Einigung gekommen sei. Er bittet jedoch darum, die verschiedenen Problemkreise nicht miteinander zu vermischen. Herr Lutz geht dann auf die von Frau Ryll angesprochenen Räumlichkeiten der Schule Nord ein und erläutert ausführlich, aus welchen Gründen keine Vermietung vorgenommen werden könne. Bezüglich der Räumlichkeiten in der Gottfried-Keller-Straße erklärt er, dieses sei leider das einzige Angebot im Moment. Daher schlage er vor, zunächst diese Räume anzunehmen und durch ein wenig Kreativität passend zu gestalten. Von dort aus könnte dann der Verein sich weiter nach geeigneten Räumlichkeiten umsehen.

**Frau Bamminger** stellt fest, der Eigentümerbeirat des östlichen Glaspalastes habe den Verein nicht haben wollen. Sie schlägt vor, die Räumlichkeiten in der Gottfried-Keller-Straße zunächst einmal zu nehmen.

**Herr Graf** bezieht sich auf ein Treffen zwischen der Fraktion DIE LINKE. aus dem Landtag und dem Verein. Hier werde noch eine Nachfrage über den Landtag kommen. Auch er sei der Meinung, dass hier eine Lösung mit der Stadt Emden geschaffen werden müsse. Der Verein würde international gute Arbeit leisten und dürfe nicht einfach zum Aussterben verdonnert werden. Seines Erachtens müsste der Rat sich bemühen, den Verein zu unterstützen, damit er weiter existieren könne. Er könne nicht nachvollziehen, warum vor der Wahl dem Verein und auch Frau Ryll Zukunftssicherheit versprochen worden sei, was nunmehr nicht eingehalten werde.

**Herr Bolinius** führt aus, es sei ganz klar, dass sich der Verein große Verdienste erworben habe. Er schlage jedoch vor, dass Frau Ryll zunächst den Mietvertrag für die Räumlichkeiten der Gottfried-Keller-Straße unterschreiben sollte. Ihm seien diese Räume aus der Zeit, als er die Hilfsaktion Barenburg geleitet habe, bekannt. Daher halte er diese für den Verein als Übergangslösung geeignet.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

**Herr Grix** erklärt, er halte die Notwendigkeit dieser Arbeit, um Integration auf den Weg zu bringen, für unbestritten. Zudem seien die Maßnahmen, die der Verein Internationales Barenburg durchführe, von der AWO auch unterstützt worden. Er wünsche sich nur, dass mehr miteinander statt übereinander geredet werde. Hinsichtlich des von Frau Ryll angesprochenen Auszugs aus dem Bunker Geibelstraße bitte er darum, hier das Protokoll des Jugendhilfeausschusses nachzulesen und sich zu fragen, ob man selber alles richtig machen würde.

**Frau Ryll** stellt fest, wenn sie jetzt einen Mietvertrag für die Räumlichkeiten in der Gottfried-Keller-Straße abschließen würde, würde sie eine Verbindlichkeit eingehen über fünf Jahre mit einer monatlichen Miete von 384 € zzgl. Betriebskosten. Der Verein habe aber diese Einnahmen nicht. Sie könne diese Verantwortung nicht übernehmen. Für sie wäre es ein Kompromiss, wenn die Stadt Emden einen Mietvertrag abschließen und die Räume an den Verein für 250 € untervermietete.

**Herr Lutz** stellt fest, der an den Verein Internationales Barenburg gezahlte Zuschuss in Höhe von 6.200 € sei im Vergleich zu anderen Zuschüssen an Vereine, die überwiegend mit Ehrenamtlichen ihre Arbeit leisten würden, ein relativ großer Betrag. Er schlägt Frau Ryll vor, noch einmal mit dem Vermieter zu sprechen und sich ggf. auf einen jährlichen Mietvertrag zu einigen.

**Herr Bolinius** ergänzt, seines Erachtens würden die Räume derzeit leer stehen, sodass der Vermieter froh sein müsse, wenn er überhaupt Geld einnehmen würde. Er bietet Frau Ryll an, sie bei den Verhandlungen mit dem Vermieter zu begleiten.

**Frau E. Meyer** bittet Frau Ryll, sich die Worte der Herren Lutz und Bolinius zu Herzen zu nehmen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

**TOP 8** Verabreichung von Ritalin-Tabletten an Emdener Schüler;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2011 sowie  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.01.2012  
Vorlage: 16/0172

**Frau E. Meyer** begrüßt Frau Lamschus und Herrn Gnielka und bittet um die Vorträge.

**Frau Lamschus** erklärt, in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales im Dezember 2011 sei geäußert worden, dass 30 % aller Emdener Kinder Ritalin bekämen. Hierbei handele es sich um ein Medikament, welches bei einer ADHS-Erkrankung unter ganz bestimmten Voraussetzungen und auch nur von besonders zugelassenen Kinderärzten bzw. Kinder- oder Jugendpsychiatern verabreicht werden dürfe. Die Äußerung dieser Zahl habe in der Bevölkerung zu einer großen Beunruhigung geführt. Auch sei eine Anfrage an den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst der Stadt Emden gestellt worden, die schriftlich beantwortet sei. In der heutigen Sitzung wolle man noch einmal zu diesem Thema Stellung nehmen.

Weiter führt Frau Lamschus aus, die Zahl von 30 % sei sicherlich deutlich zu hoch gegriffen und beziehe sich ihrer Meinung nach auch nicht auf eine repräsentative Umfrage. ADHS sei eine Erkrankung, die sich im Kindesalter manifestiere und häufig auch bis im Erwachsenenalter bestehen bleibe. Genauere Zahlen zu der Erkrankung zum Zeitpunkt der Einschulung und zur medikamentösen Therapie könne sie nicht geben, weil diese in der Regel erst mit Beginn des Eintritts in die Schule festgestellt werde. Nur vereinzelt würden Kinder zum Zeitpunkt der Ein-

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

schulungsuntersuchungen schon medikamentös behandelt. Die Diagnostik und Behandlung würde in der Hand der niedergelassenen Kinderärzte liegen. Aus diesem Grund sei sie froh, dass Herr Gnielka als Emdener Kinderarzt heute zu der Erkrankung, Diagnostik und Therapie aus der Erfahrung seiner Praxis vortragen wolle. Sie habe aber auch im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst im Rahmen der gutachterlichen Tätigkeiten für die Eingliederungshilfemaßnahmen und im Rahmen der beratenden Tätigkeiten bei den Einschulungsuntersuchungen mit ADHS zu tun. Zudem käme hinzu, dass auch die Eltern bei den Einschulungsuntersuchungen häufig von Problemen im Alltag und von Verhaltensauffälligkeiten berichten würden.

Frau Lamschus informiert dann ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation über Verhaltensauffälligkeiten bei Einschulungsuntersuchungen. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Herr Gnielka** stellt sich zunächst vor und erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Verabreichung von Ritalin-Tabletten hinsichtlich des Aufmerksamkeits-Defizit(Hyperaktivitäts)Syndroms. Die Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau E. Meyer** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bolinius** bedankt sich für die hervorragenden Vorträge. Er habe dieses Problem bisher nie so bewusst wahrgenommen. Das nicht 30 % aller Kinder Ritalin nehmen würden, sei heute deutlich geworden. Er halte dieses für eine gute Botschaft, zumal den Eltern damit die Angst genommen worden sei. Herr Bolinius bezieht sich auf einen Zeitungsbericht, in dem stehen würde, dass es lebhaftere Kinder schon immer gegeben habe. Damals hätten sie allerdings in der Gesellschaft nicht gestört. Heute habe man an die Kinder eine viel höhere Leistungserwartung. Auch mache es ihn traurig, dass Pädagogen sofort nach einem Arzt rufen, wenn sie mit dem Kind nicht klar kommen würden.

**Herr Gnielka** erklärt, die heutige Gesellschaft stelle sehr hohe Anforderungen an die Kinder und Jugendlichen, sodass die, die sowieso damit ein Problem hätten, dem nicht unbedingt gewachsen seien. Daher hätten NEKiB, nifbe und auch die Emdener Kinderärzte zunächst eine gemeinsame Vorgehensweise mit den Kindertagesstätten erarbeitet. Später würde man dann auch sehr gerne damit in die Schulen gehen. Er würde sich freuen, wenn man hierbei auch ein wenig Unterstützung bekommen würde.

**Herr Bolinius** fragt an, wie die Stadt Emden denn helfen könnte.

**Herr Gnielka** entgegnet, ihm würde es reichen, wenn er den Schuldirektoren sagen könne, dass der Rat der Stadt Emden es begrüßen würde, wenn er gemeinsam mit Frau Lamschus dort etwas zu diesem Thema vortragen dürfe.

**Frau Lamschus** stellt heraus, bei den Einschulungsuntersuchungen hätten ganz viele Kinder Verhaltensauffälligkeiten. Es würde aber auch Kinder geben, die Schwierigkeiten in der Fein- und Grobmotorik hätten. Doch seien dieses nicht alle Kinder, die unbedingt eine Therapie benötigten. Jedoch müssten Kinder mit ADHS herausgefiltert werden, denn für diese müsse man Bedingungen schaffen, dass sie in der Schule auch lernen könnten.

**Herr Götze** erklärt, er habe seinerzeit behauptet, dass bis zu 30 % der Kinder Ritalin nehmen würden und sei somit der Auslöser für die heutige Veranstaltung. Er habe sich zwischenzeitlich intensiv mit der Thematik befasst und den Eindruck gewonnen, dass dennoch mit dem Thema sehr naiv umgegangen werde. So seien vor 20 Jahren 34 kg Methylphenidat produziert worden, heute seien es dagegen 1,8 t. Zudem würde die Direktorin der Kinderklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Berliner Charité 90 % der ADHS-Diagnosen für falsch bezeichnen. Sei-

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

ner Ansicht nach lasse sich das Medikament jederzeit auch durch das Internet besorgen und die Dunkelziffer der Kinder, die Ritalin nehmen würden, sei sehr hoch. Wenn jedes zweite Kind Antibiotika schlucke, dann sehe man, wie unsensibel teilweise die Eltern damit umgehen würden. Er habe den Eindruck gewonnen, dass es sich hierbei um ein sehr komplexes Thema handle und es keine klaren Informationen für Eltern geben würde. Zudem sollte man auch wissen, dass Ritalin Spätschäden verursachen könne und es ein Suchtmittel sei, von dem man abhängig werden könne. Auch würde es bestimmte Institutionen geben, die sagten, dass überhaupt keine Medikamente benötigt würden und diese Dinge mit ganz normalen anderen Mitteln hinzubekommen seien. Die Welt habe sich sicherlich verändert und auch die Kinder seien auffälliger geworden. Aber deswegen seien sie nicht krank. In einem Artikel stehe, dass ADHS eine erfundene Krankheit sei. Er wolle nicht sagen, dass die Emdener Ärzte hier nicht verantwortungsvoll umgehen würden, aber es sei eine ernste Sache und es müsse noch sehr viel Aufklärungsarbeit betreiben werden.

**Herr Gnielka** stellt heraus, die Informationen im Internet richtig zu werten und zu gewichten, sei nicht so leicht. Er erklärt, dass alle Medikamente, die Methylphenidat enthalten würden, in Deutschland nur ausgehändigt würden, wenn ein Betäubungsmittelrezept vorliegen würde. Dieses Rezept dürfe nur an die Mutter oder den Vater des Kindes ausgehändigt werden und werde in der Apotheke aufbewahrt. Zudem würden der Kinderarzt und die Bundesopiumstelle einen Durchschlag des Rezeptes aufbewahren. Seit dem 01.04.2011 dürften auch Allgemeinmediziner diese Medikamente nicht mehr verordnen. Zudem würde es seit dem 01.01.2012 eine Zulassung für die Behandlung der ADHS im Erwachsenenalter nur für ein Präparat geben, wenn die Therapie bereits vor dem 18. Geburtstag begonnen habe. Jedoch sei er nicht dafür verantwortlich, was eine Versandapotheke im Ausland mache. Dieses sei seiner Meinung nach verantwortungslos.

**Frau Lamschus** ist der Ansicht, dass durch die Verordnung von Ritalin vielen Kindern mit ADHS die Möglichkeit geschaffen werde, eine andere Therapieform zuzulassen, weil sie sich überhaupt nicht konzentrieren könnten. Wenn das Kind ein Problem habe, dann müsse ihm geholfen werden. Ziel der Vorträge von Herrn Gnielka und ihr sei es heute gewesen, die Lage aus medizinischer Sicht hier in Emden darzustellen und zu informieren. Da beide sehr viele Kinder in Emden sehen würden, könnten sie durchaus qualifizierte Aussagen geben und die Situation einschätzen.

**Herr Gnielka** ergänzt, es würden in den Therapien auch regelmäßig vorgeschriebene Auslassversuche durchgeführt werden. Anschließend müsse davon berichtet werden, ob die Kinder ein Medikament bekommen oder nicht. Weiter führt er aus, es seien 2 % der Erwachsenen und 5 % der Kinder und Jugendlichen betroffen. Dabei müsse beachtet werden, dass nicht nur ein Medikament, sondern auch Coaching, Ergotherapie und evtl. Verhaltenstherapie verordnet würden, sodass diese Kinder und Jugendlichen sich selbst in der Gesellschaft wertgeschätzt fühlen und wieder auf den Weg kommen würden. Dann könnten sie ganz ohne Symptome und Therapie auch später ein erfolgreiches Leben führen.

**Herr Haarmeyer** bedankt sich für die interessanten Informationen. Ihm sei aufgefallen, dass die Anzahl der Mutter-Kind-Kuren bei ADHS vor ca. zehn Jahren noch wesentlich höher gewesen sei als heute. Er fragt an, wie lange eine Therapie normalerweise dauern würde.

**Herr Gnielka** entgegnet, bereits in sechs Wochen könne gelernt werden, wie mit einem Kind umzugehen sei oder wie z. B. ein Arbeitsplatz gestaltet werden können, der es auch einem Kind mit ADHS ermögliche, seine Hausaufgaben zu machen. Er schätze gerade die Reha-Kliniken in der Therapie mit einer Aufmerksamkeitsstörung sehr.

## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

**Herr Kronshagen** erklärt, die CDU-Fraktion sei sehr erschrocken von der von Herr Götze genannten Zahl gewesen und habe daraufhin den Antrag gestellt, das Thema zu behandeln. Nach den Ausführungen von Herrn Gnielka und Frau Lamschus sei er zumindest wieder beruhigt.

**Herr Hollander** regt an, nicht zu weit fachwissenschaftlich zu diskutieren, sondern auf die Frage von Herrn Bolinius zurückzukommen, was der Rat tun könne. Seiner Ansicht sei die Antwort recht einfach, für die kleinen Kinder müssten Freiräume geschaffen, Ferienlager unterstützt und Kinderspielplätze eingerichtet werden, damit die Kinder sich austoben könnten.

**Herr Götze** stellt heraus, seine Informationen habe er aus seriösen Quellen. Dort sei unter tagesschau.de geschrieben, dass Ritalin auch zur Leistungssteigerung genommen werde. Auch Drogenabhängige würden sich dieses Medikament spritzen. Zudem sei es leicht zu beschaffen. Weiter würde er eine große Gefahr darin sehen, dass der Verbrauch in den letzten 10 bis 15 Jahren um fast 300 % gestiegen sei. Diese Dinge würden auch nicht an Emden vorbeigehen. Seiner Ansicht nach sollte gelegentlich eine Befragung an den Gymnasien gemacht werden. Er betont, seiner Meinung nach dürfe man mit diesem Thema nicht so naiv umgehen, zumal es auch noch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse geben würde, ob es nicht doch Spätschäden bei den Kindern, die dieses Medikament über eine lange Zeit nehmen würden, geben werde.

**Frau Lamschus** geht nicht davon aus, dass Ritalin in Emden Schulen als Droge behandelt werde. Weiter führt sie aus, auch in seriösen Zeitungen seien unwissenschaftliche Beiträge zu finden. Sie halte es für wichtig, dass man sich vernünftig mit dieser Thematik auseinandersetze und gemeinsam vor Ort überlege, was gemacht werden könne.

**Frau L. Meyer** erklärt, als Kommunalpolitikerin interessiere sie, was in der Stadt Emden gemacht werde. Heute habe sie vernehmen können, dass viel getan werde und die Emden Kinder gut aufgehoben seien. Sie wünsche den Emden Kinderärzten, dass wirklich alle erreicht würden und dass das Medikament auch nur dann verabreicht werde, wenn es nötig sei. Abschließend bittet sie darum, auch an diesem Thema dranzubleiben, um so unterstützen zu können.

**Frau E. Meyer** schließt sich den Worten von Frau L. Meyer an und bedankt sich bei Frau Lamschus und Herrn Gnielka für die ausführlichen Vorträge.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Ausstattung von Hilfebedürftigen mit Fernsehdecodern zum Empfang des digitalen Fernsehens;  
- Antrag des Ratsherrn Wilfried Graf vom 16.01.2012  
Vorlage: 16/0176/1

**Herr Graf** erklärt, hinsichtlich seines Antrages habe er eine umfangreiche Antwort der Verwaltung erhalten. Es würden sich jedoch noch einige Fragen ergeben, da in der Vorlage stehe, dass es seitens der Bundesagentur für Arbeit keine Vorbereitungen geben würde, die einen kostenfreien Empfang ermöglichen. Ihm sei jedoch bekannt, dass jedem Hilfebedürftigen ein kostenloser Empfang von Rundfunk- und Fernsehprogrammen zustehen würde. Er bittet um Auskunft, wer die Kosten für die Umrüstung einer Satellitenschüssel übernehmen würde. Auch gäbe es in Emden privat vermietete Häuser. Für diese Mieter würde der Anschluss von Kabel Deutschland an der Haustür enden. Es stelle sich die Frage, wer die Kosten für die Freischaltung übernehmen würde. Er wolle sicherstellen, dass ab dem 01.05.2012 keiner der Bedürftigen ohne Fernsehempfang sei.

**Frau Tempel** entgegnet, sie habe sich beim Jobcenter erkundigt, wie dort die Regelung sei. Wie sie in der Vorlage ausgeführt habe, würde es seitens der Bundesagentur keine Vorbereitung geben. Der Regelbedarf würde auch Leistungen enthalten, die den Fernsehempfang ab-



## Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.03.2012

deckten. Auf ihre Nachfrage, ob Anfragen oder Vorsprachen sich hier überhaupt ergeben hätten, könne festgestellt werden, dass dieses Problem scheinbar in Emden nicht vorhanden sei, da viele Hilfeempfänger in Mietwohnungen wohnen würden. Dort würden die Wohnungseigentümer die Umstellung vornehmen lassen. Da diese Problematik lediglich die hier nur wenig verbreiteten Satellitenantennen betreffen würde, sehe sich seitens der Verwaltung im Moment keinen Handlungsbedarf.

**Frau E. Meyer** stimmt Frau Tempel zu und erklärt, der Kabelanschluss sei derzeit von dieser Umstellung nicht betroffen.

**Herr Graf** stellt fest, es würde auch Einzelvermieter geben. Dort ende der Anschluss an der Hausmauer.

**Herr Lutz** entgegnet, Kabelanschluss und ähnliche Kosten könnten über die Anlage Nr. 2 zu § 27 der Baunebenkostenverordnung berechnet werden. Dieses werde vom Vermieter durchgeführt und dann auf die Miete umgelegt.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des GSO am 20.03.2012;  
Zuschuss und Raumsicherung für Kultur- und Bildungsverein Internationales Barenburg;  
- Antrag des Rats Herrn Wilfried Graf, Die LINKE., vom 02.03.2012  
Vorlage: 16/0238

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** erklärt, da er zum 01.04.2012 zur Stadt Papenburg wechseln werde, wolle er heute die Gelegenheit nutzen und sich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Er gibt zu bedenken, dass sich die finanzielle Reichweite der Stadt Emden ändern werde. Weiter weist er darauf hin, dass der Spielraum, um in ein paar Jahren etwas tun zu können, heute erarbeitet werden müsse. Nur so könne man dann auch etwas tun, was man für sozial und politisch für sinnvoll und wünschenswert halte.

**Frau E. Meyer** bedankt sich im Namen aller Ausschussmitglieder ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünscht Herrn Lutz alles Gute für die Zukunft.

Anfragen

**TOP 12**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.